Niederschrift

Gremium	Sitzung - StBV/052(VII)/23			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr	Donnerstag,	Mensa - Baudezernat An der Steinkuhle 6 39128 Magdeburg	16:00 Uhr	19:15 Uhr
	29.06.2023			

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 08.06.2023
- 4 Einwohner*innenfragestunde
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Erweiterung Stadtarchiv / Zweiter Bauabschnitt, Mittagstraße 16 in DS0298/23 39124 Magdeburg, Bestätigung der ES-Bau EB KGm
- 5.1.1 Erweiterung Stadtarchiv / Zweiter Bauabschnitt, Mittagstraße 16 in DS0298/23/1 39124 Magdeburg, Bestätigung der ES-Bau FG

5.1.1.1	Erweiterung Stadtarchiv / Zweiter Bauabschnitt, Mittagstraße 16 in 39124 Magdeburg, Bestätigung der ES-Bau StBV	DS0298/23/1/1
5.2	Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Lübecker Straße von Kastanienstraße bis Mittagstraße" im Abschnitt von "Kastanienstraße bis Heinrichstraße" FB 62	DS0163/23
5.3	Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Otto-von- Guericke-Straße von Ernst-Reuter-Allee bis Julius-Bremer-Straße" im Abschnitt von "Große Münzstraße bis Julius-Bremer-Straße" FB 62	DS0164/23
5.4	Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Robert- Koch-Straße/Holzweg von Albert-Vater-Straße bis Olvenstedter Graseweg" im Abschnitt von "Albert-Vater-Straße bis An der Steinkuhle" FB 62	DS0165/23
5.5	Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Beimsstraße Stichweg" FB 62	DS0166/23
5.6	Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Thomas- Mann-Straße von Witzlebenstraße bis Ende" im Abschnitt von "Witzlebenstraße bis In den Gehren" FB 62	DS0167/23
5.7	Einziehung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 161-1 "Olvenstedter Scheid" 39130 Amt 66	DS0277/23
5.8	Satzung über eine Veränderungssperre zum Bebauungsplan K-33 "Superstar" Amt 61	DS0180/23
5.9	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 430-2 "Leipziger Chaussee/Am Hopfengarten" Amt 61	DS0190/23
5.10	Öffentliche Auslegung des Entwurfs und geringfügige Änderung des Geltungsbereichs zum Bebauungsplan Nr. 430-2 "Leipziger Chaussee/Am Hopfengarten" Amt 61	DS0191/23
5.11	Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum Bebauungsplan Nr. 174-5 "Sieverstorstraße 39-51" Amt 61	DS0198/23
5.12	Öffentliche Auslegung des 4. Entwurfs zum Bebauungsplan Nr. 174-5 "Sieverstorstraße 39 - 51"	DS0199/23

Amt 61

5.13	Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 315-4 "Liebknechtstraße 82" Amt 61	DS0200/23
5.14	33. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Kümmelsberg Nord" Amt 61	DS0224/23
5.15	Aufstellung der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Buckau West" Amt 61	DS0226/23
5.16	Aufstellung der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Elb-Hafen" Amt 61	DS0227/23
5.17	Aufstellung der 44. Änderung des Flächennutzungsplanes der Landeshauptstadt Magdeburg "Ehemaliges RAW-Gelände" Amt 61	DS0270/23
6	Anträge	
6.1	Verkehrssicherheit am Universitätsplatz Fraktion GRÜNE/future!	A0066/23
6.1.1	Verkehrssicherheit am Universitätsplatz Amt 66	S0210/23
6.2	Ertüchtigung des Informationsportals "Movi" SPD-Stadtratsfraktion	A0058/23
6.2.1	Ertüchtigung des Informationsportals "Movi" Amt 66	S0241/23
7	Informationen	
7.1	Errichten Fußgängerüberweg/ Querungshilfe Amt 66	10140/23
7.2	Sachberichte der Geschäftsstraßen- und Stadtteilmanager/-innen für das Jahr 2022 Amt 61	I0132/23
7.3	Neu- und Ersatzpflanzung von Bäumen / Nahversorger Alt Salbke Amt 61	I0146/23
7.4	Verkehrssicherheit am Universitätsplatz Amt 66	I0169/23
8	Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee Amt 66	

9.1 Sachstand zur DS0474/23 - Variantenentscheidung zur Umgestaltung Schönebecker Straße....
Amt 61

Anwesend:

Vorsitzende/r

Mirko Stage

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube René Hempel Burkhard Moll Reinhard Stern

<u>Vertreter</u>

Kathrin Natho Dr. Thomas Wiebe

Geschäftsführung

Corina Nürnberg

Mitglieder des Gremiums

Norman Belas Madeleine Linke Christian Mertens Frank Schuster

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest und eröffnet die Sitzung.

Der **Vorsitzende** bedankt sich zu Beginn der Sitzung für die langjährige gute Zusammenarbeit bei **Frau Köhler**. Er wünscht ihr in ihrem neuen Tätigkeitsbereich viel Erfolg.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es folgende Ergänzung:

Neu: TOP 5.1.1 Änderungsantrag aus dem Finanz- und Grundstücksausschuss zur

DS0298/23;

Neu: TOP 7.4 I0169/23;

Abstimmung: 6-0-0 geändert beschlossen

3. Genehmigung der Niederschrift vom 08.06.2023

Abstimmung: 3-0-3

4. Einwohner*innenfragestunde

5. Beschlussvorlagen

5.1. Erweiterung Stadtarchiv / Zweiter Bauabschnitt, Mittagstraße 16

in 39124 Magdeburg, Bestätigung der ES-Bau

Vorlage: DS0298/23

Herr Wasser erläutert die Beschlussvorlage. Er geht kurz auf die 4 Varianten ein. Als eine 1. Maßnahme müsse eine statische Sicherung des Kellers erfolgen.

Im Weiteren geht er auf die Pflichtaufgabe der Archivierung ein. Er verweist auf den enormen Platzbedarf für das Archivgut und die damit verbundene dringende Platzerweiterung.

Stadtrat Stern geht auf die Diskussion im Finanz- und Grundstücksausschuss (FG) ein und hinterfragt noch einmal die Anmietung von anderen Objekten. Wurde dieses geprüft? Standortprüfungen wurde durchgeführt, informiert **Herr Wasser**. Geeignete Objekte der benötigten Größenordnung wurden jedoch nicht gefunden.

Ergänzend verweist Frau Richter auf die statischen Anforderungen.

Der **Vorsitzende Stadtrat Stage** stellt um 16:15 Uhr – 16:25 Uhr die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Stadtrat Moll berichtet von der Diskussion im Ausschuss für Umwelt und Energie und führt zum Votum bezüglich der Kosten aus. Er regt eine Kostenminimierung an.

Stadtrat Dr. Grube kann grundsätzlich mit der Variante 4 leben, ebenso mit der Variante 3. Des Weiteren weist er auf den Grundsatzbeschluss hinsichtlich Photovoltaik-Anlage oder Gründach hin.

Abschließend spricht er sich für eine Ergänzung des Änderungsantrags aus dem FG aus. Die Planung soll erst begonnen werden, wenn auf Grund der finanziellen Belastung der Stadt eine Gesamtpriorisierung der Investitionen erfolgen könne.

Stadtrat Hempel sieht eine Priorisierung nicht zielführend und verweist auf die Eilbegründung zur Beschlussvorlage.

Stadtrat Stern verweist auf eine Priorisierung aller Maßnahmen durch die Verwaltung, die momentan durch die Oberbürgermeisterin vorbereitet werde.

Er sieht Möglichkeiten der Kostenreduzierung und Streckung der Finanzierung. Da vertraut er auf das KGm.

Stadtrat Dr. Grube erläutert erneut den Handlungszwang.

Stadtrat Stage geht auf das begrenzte Finanzvolumen ein, welches zur Priorisierung zwinge. Des Weiteren verweist er auf die von der Oberbürgermeisterin angekündigte Vorlage zur Priorisierung.

Die Änderungsanträge seien eine gute Lösung, um wichtige Projekte finanzieren zu können.

Stadtrat Dr. Wiebe hält ein immer weiteres Verschieben von dringend erforderlichen Maßnahmen nicht für praktikabel. Er verweist dazu u.a. auf die Kostensteigerungen.

Eine Priorisierung im Bereich des KGm der mit der Oberbürgermeisterin abgestimmt sei bestehe bereits, teilt **Herr Wasser** mit.

Er geht auf Fördermöglichkeiten im Rahmen der Städtebauförderung ein. Ein entsprechender Antrag wurde gestellt.

Stadtrat Hempel geht noch einmal auf den gesetzlichen Auftrag ein der für die Archive bestehe. Archive benötigen dafür besondere Rahmenbedingungen. Er kann eine mögliche Streckung der Maßnahme nicht nachvollziehen.

Änderungsantrag DS0298/23/1/1:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr ergänzt den Änderungsantrag wie folgt (fett):

Mit der Erarbeitung der EW-Bau sollen die Baukosten reduziert werden. Dabei ist auf die Minimalbauanforderungen Wert zu legen, wobei die Arbeitsfähigkeit und Kapazität des Archivs nicht beeinträchtigt sowie die Qualität der Ausführung nicht geschmälert werden dürfen.

Die Planung wird erst begonnen, wenn auf Grund der finanziellen Belastung der Stadt eine Gesamtpriorisierung der Investitionen erfolgen kann.

Abstimmung: 6-0-1

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt mit 6-0-1 die so geänderte Beschlussvorlage mit Beschlussnummer: StBV095-052(VII)/23.

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Vorplanung für die Erweiterung des Stadtarchivs (2. BA) wird in der Vorzugsvariante 4 bestätigt.
- 2. Die EW-Bau ist auf Basis der Vorplanung in einem Kostenrahmen i. H. von 10,6 Mio EUR zu erstellen.

Mit der Erarbeitung der EW-Bau sollen die Baukosten reduziert werden. Dabei ist auf die Minimalbauanforderungen Wert zu legen, wobei die Arbeitsfähigkeit und Kapazität des Archivs nicht beeinträchtigt sowie die Qualität der Ausführung nicht geschmälert werden dürfen.

Die Planung wird erst begonnen, wenn auf Grund der finanziellen Belastung der Stadt eine Gesamtpriorisierung der Investitionen erfolgen kann.

5.1.1. Erweiterung Stadtarchiv / Zweiter Bauabschnitt, Mittagstraße 16 in 39124 Magdeburg, Bestätigung der ES-Bau Vorlage: DS0298/23/1

Abstimmung zum Änderungsantrag DS0298/23/1: 6-0-1 empfohlen mit Änderungsantrag

5.1.1.1. Erweiterung Stadtarchiv / Zweiter Bauabschnitt, Mittagstraße 16 in 39124 Magdeburg, Bestätigung der ES-Bau Vorlage: DS0298/23/1/1

Abstimmung: 6-0-1

5.2. Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Lübecker Straße von Kastanienstraße bis Mittagstraße" im Abschnitt von "Kastanienstraße bis Heinrichstraße" Vorlage: DS0163/23

Herr Hesse bringt die TOP 5.2 – TOP 5.6 ein.

Er erläutert zuerst allgemein und geht anschließend auf die Beschlussvorlagen detailliert ein.

Er führt aus, dass die Verwaltung die Beschlüsse benötige, um beim Landesverwaltungsamt die entsprechenden Anträge zur Kostenübernahme stellen zu können.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (7-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV096-052(VII)/23**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehbahn, Radbahn, Oberflächenentwässerung und Beleuchtung in der Verkehrsanlage "Lübecker Straße von Kastanienstraße bis Mittagstraße" im Abschnitt von "Kastanienstraße bis Heinrichstraße" der Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

5.3. Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Ottovon-Guericke-Straße von Ernst-Reuter-Allee bis Julius-Bremer-Straße" im Abschnitt von "Große Münzstraße bis Julius-Bremer-Straße"

Vorlage: DS0164/23

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (7-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV097-052(VII)/23**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Geh- und Radweg sowie Beleuchtung in der Verkehrsanlage "Otto-von-Guericke-Straße von Ernst-Reuter-Allee bis Julius-Bremer-Straße" im Abschnitt von "Große Münzstraße bis Julius-Bremer-Straße" der Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

5.4. Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Robert-Koch-Straße/Holzweg von Albert-Vater-Straße bis Olvenstedter Graseweg" im Abschnitt von "Albert-Vater-Straße bis An der Steinkuhle" Vorlage: DS0165/23

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (7-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV098-052(VII)/23**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Geh- und Radweg in der Verkehrsanlage "Robert-Koch-Straße/Holzweg von Albert-Vater-Straße bis Olvenstedter Graseweg" im Abschnitt von "Albert-Vater-Straße bis An der Steinkuhle" der Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

5.5. Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Beimsstraße Stichweg"

Vorlage: DS0166/23

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (7-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV099-052(VII)/23**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehweg und Beleuchtung in der Verkehrsanlage "Beimsstraße Stichweg" der Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

5.6. Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss für endausgebaute Teileinrichtungen in der Verkehrsanlage "Thomas-Mann-Straße von Witzlebenstraße bis Ende" im Abschnitt von "Witzlebenstraße bis In den Gehren"

Vorlage: DS0167/23

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt **einstimmig** (7-0-0) den Beschluss mit Beschlussnummer: **StBV100-052(VII)/23**.

Beschlussvorschlag:

Zur Herbeiführung der sachlichen Beitragspflicht im Sinne des Kommunalabgabengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt wird bzgl. des Ausbaus der Teileinrichtungen Gehbahn und Beleuchtung in der Verkehrsanlage "Thomas-Mann-Straße von Witzlebenstraße bis Ende" im Abschnitt von "Witzlebenstraße bis In den Gehren" der Abschnittsbildungs- und Kostenspaltungsbeschluss gemäß § 11 Abs.1 der Straßenausbaubeitragssatzung gefasst.

5.7. Einziehung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 161-1

"Olvenstedter Scheid" 39130

Vorlage: DS0277/23

Herr Gebhardt erläutert die Beschlussvorlage.

Stadtrat Stage verweist in dem Zusammenhang auf die Beschlusslage zum Bebauungsplan.

Abstimmung zur DS0277/23: 7-0-0

5.8. Satzung über eine Veränderungssperre zum Bebauungsplan K-

33 "Superstar"

Vorlage: DS0180/23

Frau Schäferhenrich bringt die Beschlussvorlage ein und erläutert das Planungsziel. Die Veränderungssperre soll der Sicherung der Planungsziele im Geltungsbereich des Kleingartenbebauungsplans K-33 "Superstar" dienen.

Die Veränderungssperre werde erforderlich, um das Bauleitplanverfahren zu Ende führen zu können.

Stadtrat Stern hinterfragt die Auslastung der Kleingartenanlage. Er fragt nach dem Anteil der freien Kleingartenparzellen.

Frau Schäferhenrich erläutert am Plan die aktuelle Situation und geht auf die teilweise beräumten Flächen ein. Der Erwerber dieser Teilflächen hat Bauabsichten, die der Zielstellung des Kleingartenbebauungsplans K-33 widersprechen.

Die Veränderungssperre dient der Sicherung der Kleingärten. Bei Bedarf könne eine andere Flächenentwicklung dementsprechend geprüft werden.

Stadtrat Hempel hinterfragt die Beteiligung des Verbandes der Gartenfreunde. Es handelt sich nicht um Verbandskleingärten, informiert **Frau Schäferhenrich**.

Stadtrat Dr. Grube hält eine Gesamtbetrachtung für sinnvoll.

Abstimmung zur DS0180/23: 7-0-0

5.9. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum

Bebauungsplan Nr. 430-2 "Leipziger Chaussee/Am

Hopfengarten"

Vorlage: DS0190/23

Frau Schäferhenrich bringt die beiden TOP 5.9 und TOP 5.10 zusammen ein und führt zuerst zu den Schwerpunktthemen des Beteiligungsverfahrens aus.

Sie geht auf den Baumbestand, den Schallschutz sowie die Reduzierung des Geltungsbereiches ein.

Stadtrat Stage hinterfragt die Anzahl der Bäume und bittet um Erläuterung. **Frau Schäferhenrich** erklärt die Festsetzungen: Im Gebiet befinden sich 33 Bäume, die nach Baumschutzsatzung geschützt sind. Zwei Walnüsse sind zum Erhalt festgesetzt. Von den 60 Ersatzbäumen werden 54 intern gepflanzt, 6 Bäume werden in Fehlstellen entlang der Ottersleber Chaussee gepflanzt.

Stadtrat Dr. Grube hinterfragt die Planungen zum Radweg und verweist auf die Beschlusslage hinsichtlich Photovoltaik-Anlage oder Dachbegrünung. Warum steht in den textlichen Festsetzungen § 14 beides.

Des Weiteren geht er auf die entlang der Leipziger Chaussee zu pflanzenden 17 Laubbäume (schmalkronige Scharlachkirsche) ein. Er verweist auf die vorhandenen Linden im näheren Umfeld und hinterfragt die Möglichkeit Linden festzusetzen.

Frau Schäferhenrich geht auf die Verbreiterung der Straße für die Errichtung des Geh- und Radweges ein.

"Solargründächer" sind effektiver, da die Dachbegrünung die PV-Module kühlt, dies führt zu einer "Win-Win-Situation, erläutert sie.

Auf die vorhandenen Gegebenheiten eingehend erläutert **Frau Schäferhenrich** die Festsetzung hinsichtlich schmalkroniger Bäume. Schmalkronige Bäume werden festgesetzt, da die Baumreihe zwischen Seitenbahn und Fahrbahn liegt und damit nah an der Fahrbahn (Freihaltung Lichtraumprofil).

Stadtrat Moll führt zu den Hinweisen des Baumsachverständigen im Umweltausschuss aus. Die Früchte der Scharlachkirsche seien keine Nahrungsquelle für Tiere und verkleben zu dem den Fußweg. Es wurde empfohlen, andere schmalkronige Bäume auszuwählen.

Des Weiteren gab es den Hinweis, dass die Walnussbäume an der Planstraße höchstwahrscheinlich nicht überleben werden.

Abschließend hinterfragt er die Ersatzpflanzungen auf Grundstücken von 250 m².

Klarstellend geht **Frau Schäferhenrich** auf den § 18 in den textlichen Festsetzungen ein. In den allgemeinen Wohngebieten sei je angefangene 250 m² Grundstücksfläche ein groß- oder mittelkroniger, standort- und klimagerechter Baum oder Obsthochstamm zu pflanzen und dauerhaft zu erhalten, die Grundstücke können größer sein.

Die Festsetzung der Baumart werde nochmals geprüft.

Die festgesetzte Verkehrsfläche wird nicht vollständig asphaltiert, ein 2 m breiter Grünstreifen soll der Regenwasserversickerung dienen. Dieser kann im Bereich der Walnussbäume angeordnet werden.

Stadträtin Natho verweist auf die Beachtung der ökologischen Gesichtspunkte in Bezug auf die Bäume und spricht sich für einheimische Bäume aus.

Die Kombination von Photovoltaik und Dachbegrünung begrüßt sie.

Stadtrat Stern zeigt sich nicht begeistert von Flachdächern. Er würde Steildächer begrüßen und fragt mögliche Änderungen dahingehend nach.

Auf die Photovoltaik-Anlagen eingehend verweist er auf die zusätzlichen Kosten von ca. 20.000 €.

Eine zwingende Festsetzung von Flachdächern bestehe nicht, teilt **Frau Schäferhenrich** mit. **Stadtrat Stern** hinterfragt die Meinung des Investors zu den Vorgaben.

Frau Schäferhenrich verweist auf städtisches Eigentum.

Stadtrat Stern findet, die Kommune sollte den Bauwilligen mehr entgegenkommen. Er verweist auf die Entwicklung hinsichtlich Wohnbauflächen im Umland.

Der **Beigeordnete** stellt noch einmal klar, Flachdächer wurden nicht festgesetzt und somit gebe es keinerlei Einschränkungen. Die Grundstücke werden zukünftig einzeln vermarktet.

Stadtrat Stage sieht hier eine faire Lösung. Der Bauwillige hat die Wahl zwischen Flachdach oder Steildach.

Probleme habe er aber mit der Festsetzung zu den Ersatzpflanzungen. Er verweist auf die Problematik von Ersatzpflanzungen auf Privatflächen. Ein Kontrollverfahren hinsichtlich der erfolgten Pflanzungen bestehe nicht.

Der **Beigeordnete** sagt zu hinsichtlich der Ersatzpflanzungen besser zu werden. Des Weiteren verweist er auf die Lastenaufteilung von privat- und öffentlichen Flächen.

Stadtrat Stage spricht sich für einen Änderungsantrag in der Zwischenabwägung unter 1.2 aus und den Anregungen zu folgen.

Stadtrat Hempel regt den Abschluss von städtebaulichen Verträgen an. Bei nichtgepflanzten Bäumen drohe dann eine Strafe.

Des Weiteren regt er eine höhere Bebauung an und verweist auf die vorhandene Bebauung. Er schlägt eine straßenbegleitende Bebauung mit 3 Vollgeschossen vor.

Stadtrat Dr. Wiebe kann einer konkreteren Festsetzung der Baumpflanzungen nicht zustimmen. Jede Baumpflanzung hinsichtlich der Lage festzuschreiben geht ihm doch zu weit.

Stadtrat Dr. Grube geht auf die geplanten Reihenhäuser mit 2 Vollgeschossen und einem Staffelgeschoss ein. Die Alleebepflanzung sieht er positiv für das Gesamtgebiet. Er geht auf den externen Ausgleich ein und verweist darauf, dass nicht alles im Gebiet umgesetzt werden könne.

Den Änderungsantrag zu heimischen ökologischen Bäumen kann er nachvollziehen.

Stadtrat Stern verweist auf den Einbruch des Geschosswohnungsbaus um 50%. Diese hänge mit den Kostensteigerungen sowie den vielen Vorschriften zusammen.

Änderungsantrag DS0190/23/1:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat nachfolgende Beschlussfassung unter 1.2.:

Schwerpunkt-Themen:

1.2.Bäume

- gemäß geändertem Aufstellungsbeschluss Stadtratsbeschluss-Nr. 165-004(VII)19 wurden die Planungsziele ergänzt durch: Der Baumbestand ist weitmöglichst zu erhalten.
- in der Bürger*innenversammlung wurde der Erhalt der großen Walnussbäume sowie die Anordnung einer Baumreihe auf der Seitenbahn der Leipziger Chaussee angeregt
- die untere Naturschutzbehörde regt an, den Geltungsbereich zu erweitern, um die Festsetzung einer neuen Baumreihe zu ermöglichen sowie eine detaillierte Festsetzung zum Straßenbau zu treffen, um den Walnussbaum an der Planstraße zu erhalten.

Den Anregungen wird gefolgt gem. Anlage 1, Anregungen Nr. A 3.1, A 3.2, B 9.1, B 9.2

Abstimmung: 4-2-1

Abstimmung zur DS0190/23: 4-1-2 empfohlen mit Änderungsantrag

5.10. Öffentliche Auslegung des Entwurfs und geringfügige Änderung des Geltungsbereichs zum Bebauungsplan Nr. 430-2 "Leipziger Chaussee/Am Hopfengarten"

Vorlage: DS0191/23

Änderungsantrag DS0191/23/1:

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr empfiehlt dem Stadtrat im Planteil B, Textliche Festsetzungen, § 21 wie folgt zu ändern (fett):

§ 21 Entlang der Leipziger Chaussee sind im Seitenraum in den dafür vorgesehenen Pflanzstreifen auf 140 m Länge mindestens 17 stadtklimafeste Laubbäume Prunus sargentii,,Rancho", (schmalkronige Scharlachkirsche) schmalkronige Laubbäume heimischer Art in möglichst gleichen Abständen (8 m Pflanzabstand), als Hochstamm, 3x verpflanzt, Stammumfang 18 cm) zu pflanzen. Die Mindestgröße für unversiegelte und nicht zu befahrende Baumscheiben beträgt 10 m² wobei die Breite mindestens 2 m betragen muss. Abgängige Bäume sind in der nächsten Pflanzperiode zu ersetzen.

Abstimmung: 5-1-1

Abstimmung zur DS0191/23: 4-2-1 empfohlen mit Änderungsantrag

5.11. Behandlung der Stellungnahmen (Zwischenabwägung) zum

Bebauungsplan Nr. 174-5 "Sieverstorstraße 39-51"

Vorlage: DS0198/23

TOP 5.11 und 5.12 werden zusammen eingebracht.

Frau Schäferhenrich bringt die Beschlussvorlagen ein und erläutert die geänderten Festsetzungen. Die Änderungen ergeben sich aus den Anregungen des Grundstücksbesitzers/Investors.

Stadtrat Stage geht auf die Durchwegung im Bereich der Schrote ein. **Frau Schäferhenrich** erläutert die zu Gunsten der Investition erfolgte Verkleinerung des Grünstreifen. An der schmalsten Stelle habe der Grünstreifen aber immer noch eine Breite von 15 m.

Stadtrat Stern hinterfragt die Meinung des Investors zu den begrünten Flachdächern. Negative Äußerungen von Seiten des Investors seien nicht bekannt, teilt **Frau Schäferhenrich** dazu mit.

Stadtrat Hempel macht auf eine Diskrepanz in Bezug auf die MVB (Ertüchtigung Sieverstorstraße) aufmerksam. Der Magdeburger Standard beim barrierefreien Haltstellenausbau sei dann nicht mehr umsetzbar.

Frau Schäferhenrich verweist auf die vorhandenen Gegebenheiten (Bestandsbebauung).

Stadträtin Natho geht auf die öffentliche Durchwegung zu den Bahnschienen ein und hinterfragt die perspektivische Öffnung der Schrote. Bestehe die Möglichkeit einen Radweg zu errichten, fragt sie nach.

Frau Schäferhenrich verweist auf ein langfristiges Projekt hinsichtlich der Gründurchwegung. Sie geht auf die Festsetzung eines öffentlichen Geh- und Leitungsrecht ein, das einen zusätzlichen Zugang zu der geplanten Grünverbindung darstellt.

Stadtrat Moll begrüßt die Biergartenidee und hinterfragt die damit verbundenen Vorgaben (Versiegelung).

Frau Schäferhenrich nimmt die Nachfrage mit und verweist auf Schotterrasen im Bereich des Biergartens.

Stadtrat Moll geht auf eine mögliche Geräuschbelastung für die Anwohner durch den Biergarten ein. Er spricht sich für eine schalldezimierende Bepflanzung aus, um diesem entgegen zu wirken.

Stadtrat Stage geht auf den Entwurf aus dem Jahr 2019 ein und musste feststellen, dass die Grünfläche mit jedem Entwurf weniger werde, immer Stück für Stück.

Frau Schäferhenrich bestätigt dies. Zugunsten der privaten Grünfläche und des Biergartens wurde die Fläche verkleinert, hier wird dem Interesse des Eigentümers Vorrang eingeräumt, zumal eine bauliche Entwicklung in diesem Bereich dringend nötig ist.

Stadtrat Dr. Wiebe geht auf die verrohrte Schrote ein und verweist auf ein neues Förderprogramm (Klärgewässer in Städten).

Stadtrat Stern hinterfragt mögliche Fledermausvorkommen und wie gegebenenfalls damit umgegangen werden soll.

Frau Schäferhenrich verweist auf die Abklärung durch die untere Naturschutzbehörde im weiteren Verfahren.

Stadtrat Dr. Grube begrüßt die Planungen zur Entwicklung des Geländes und geht u.a. auf die öffentlichen Grünfläche an der Schrote ein. Dieses werde positive Auswirkungen für den Stadtteil haben.

Abschließend berichtet **Stadtrat Moll**, dass im Umweltamt das Fledermausthema bekannt sei und eine Erfassung bereits erfolgt sein soll.

Abstimmung zur DS0198/23: 6-0-1

5.12. Öffentliche Auslegung des 4. Entwurfs zum Bebauungsplan Nr.

174-5 "Sieverstorstraße 39 - 51"

Vorlage: DS0199/23

Abstimmung zur DS0199/23: 7-0-0

5.13. Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 315-4 "Liebknechtstraße

82"

Vorlage: DS0200/23

Frau Schäferhenrich bringt die Beschlussvorlage ein. Planungsziel sei die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes zur Errichtung von Mehrfamilienhäusern mit teilweisen altersgerechten Wohnungen für Betreutes Wohnen, ein Seniorenpflegeheim und ein Kindergarten.

Abstimmung zur DS0200/23: 7-0-0

5.14. 33. Änderung des Flächennutzungsplanes der

Landeshauptstadt Magdeburg "Kümmelsberg Nord"

Vorlage: DS0224/23

Frau Krischel bringt die TOP 5.14 – 5.17 ein.

Sie verweist auf die aktuelle Rechtsprechung. Für alle Flächennutzungsplanänderungen soll eine frühzeitige Trägerbeteiligung durchgeführt werden. Der geforderte eigenständigen Trägerbeteiligung werde mit den folgenden Beschlussvorlagen entsprochen.

Stadtrat Dr. Grube bittet zur besseren Einordnung zukünftig den Lageplan aus dem dazugehörigen Bebauungsplanverfahren als Anlage mit beizufügen. Zukünftig werde so verfahren, sichert **Frau Krischel** zu.

Stadtrat Moll erkundigt sich nach der Pappelreihe. **Frau Krischel** verweist auf die Regelungen im Bebauungsplan.

Abstimmung zur DS0224/23: 7-0-0

5.15. Aufstellung der 42. Änderung des Flächennutzungsplanes der

Landeshauptstadt Magdeburg "Buckau West"

Vorlage: DS0226/23

Abstimmung zur DS0226/23: 7-0-0

5.16. Aufstellung der 43. Änderung des Flächennutzungsplanes der

Landeshauptstadt Magdeburg "Elb-Hafen"

Vorlage: DS0227/23

Abstimmung zur DS0227/23: 7-0-0

5.17. Aufstellung der 44. Änderung des Flächennutzungsplanes der

Landeshauptstadt Magdeburg "Ehemaliges RAW-Gelände"

Vorlage: DS0270/23

Abstimmung zur DS0270/23: 7-0-0

6. Anträge

6.1. Verkehrssicherheit am Universitätsplatz

Vorlage: A0066/23

Herr Gebhardt bringt die Stellungnahme der Verwaltung ein.

Stadtrat Stage möchte wissen, was statt der "Berliner Kissen" für Möglichkeiten gesehen werden, die Verkehrssicherheit in diesem Bereich zu erhöhen. Er geht auf die Gefahrensituationen ein und verweist auf die Rundfahrt mit der Oberbürgermeisterin. **Herr Gebhardt** geht auf die Möglichkeit des Aufbringens von ergänzenden Markierungen ein.

Stadtrat Stern verweist auf die vielfache Missachtung der Straßenverkehrsordnung und die dadurch entstehenden Unfallschwerpunkte.

Stadtrat Hempel bemängelt, dass die Verwaltung in ihrer Stellungnahme zu wenig auf die Verkehrsebenen eingegangen sei.

Der Verkehrsraum sei unübersichtlich und hochfrequentiert. Schwächere Verkehrsteilnehmer sollten sicherer geführt werden.

Stadtrat Moll verweist auf den Hauptverkehr der B1 der aber durch den Tunnel fährt und nicht über den Universitätsplatz. Tatsächlich stelle sich die Einmündung vom Universitätsplatz in die Walther-Rathenau-Straße als Brennpunkt dar. Die Verwaltung müsse handeln.

So kann es nicht bleiben, stellt **Stadträtin Natho** fest. Sie verweist auf viele Kinder (Schulweg) die diesen Bereich tangieren müssen. Veränderungen müssen erfolgen. Es geht um Querungsmöglichkeiten für Rad- und Fußgänger*innen.

Stadtrat Dr. Grube spricht sich gegen den Antrag aus und verweist auf die Sicherheitsbedenken bei geschwindigkeitssenkenden Maßnahmenden wie "Berliner Kissen" in diesem Bereich.

Eine bessere Wahrnehmung habe man auf der Ostseite. Auf der Westseite können Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sehr schlecht wahrgenommen werden. Er verweist auf die hohe Kante im Bereich der Walther-Rathenau-Straße (über dem Tunnel) die eine frühere Wahrnehmung verhindere. Er fragt, kann die Höhe der Kante reduziert werden.

Tempo 30 auf der kompletten B1 sei nicht das Ziel der Antragstellung gewesen, so **Stadtrat Stage**. Die 0-Ebene im Abbiegebereich müsse überdacht werden, um Konflikte zu reduzieren. Ergänzend verweist auf die Planungen hinsichtlich eines Schulneubaus und bittet die Verwaltung um Unterstützung bei der Lösungssuche.

Stadtrat Stern achtet sehr auf Radfahrer bzw. Autofahrer, je nachdem welches Verkehrsmittel er gerade benutzt. Er sieht aber weniger das Problem bei den Autofahrern. Das Problem sei die starke Frequentierung der B1, die auch als Umleitungsstrecke für die A2 diene. Bei einem möglichen Schulneubau müsse dann eine entsprechende Schulwegplanung erfolgen. Zurzeit sieht er hier keinen Unfallschwerpunkt.

Stadtrat Hempel sieht ein Aufmerksamkeitsdefizit, eine Nichtbeachtung von Verkehrszeichen im Zusammenhang mit der Verkehrsgeschwindigkeit. Die "Kissen" könnten zu noch mehr Gefahren führen. Tempo 30 wäre aus seiner Sicht in diesem Bereich hilfreich.

Stadtrat Dr. Wiebe sieht den Neuralgischen Punkt in der Einfahrt Gareisstraße. Hier trifft alles auf einander. Tempo 50 könne hier aber sowieso niemand fahren.

Der Beigeordnete weist auf die Obere Verkehrsbehörde in Bezug auf die Temporegelung hin. Er hinterfragt bei den Stadträten die Option der Ummarkierung.

Stadtrat Stage kritisiert die Ignorierung der Fakten und verweist auf die Anlage 2 zum Antrag. Die Unfallstatistik zeige ein anderes Bild auf. Er verweist auf die fehlenden Querungsmöglichkeiten zum Uni-Campus. Die momentanen Regelungen seien für die heutigen Nutzer nicht mehr zeitgemäß. Er sieht hier die Aufgabe der Verwaltung/ Straßenverkehrsbehörde Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Die Verwaltung dürfe nicht nur sagen was alles nicht gehe.

Stadtrat Dr. Grube sieht die schlimmste Stelle für Radfahrer*innen im Nordwesten des "Kreisel" von der Gareisstraße in den Universitätsplatz einbiegend sowie die Rathenaustraße querend. Im Weiteren von der Walther-Rathenau-Straße in den Universitätsplatz einbiegend. Er verweist auf eine nicht vollständig ausreichende Sichtbarkeit der Radfahrer*innen für die Autofahrer*innen. Er hinterfragt die Möglichkeit den Fahrradweg zu verlegen/verschieben und erläutert dieses am Bild.

Herr Gebhardt informiert über die weiterhin notwendige, sehr hohe Leistungsfähigkeit des Kreisverkehrs für den MIV in Verbindung mit Tempo 50. Dieses müsse gewährleistet bleiben, um die auftretenden Hauptverkehre weiter aufnehmen zu können. Der Kreisverkehrsplatz ist richtliniengerecht für Tempo 50 ausgebaut worden. Auf die Anfrage von **Stadtrat Dr. Grube**

hinsichtlich der teilweise sichteinschränkenden Wand eingehend, verweist er darauf, dass bei einer eventuellen baulichen Änderung der Betonwand diese sehr teuer wird und ein wirksamer Anprallschutz über dem Tunnel vorhanden sein muss.

Änderungen der Markierung könnten folgen.

Hauptursache der Unfälle sei aber hauptsächlich die Unachtsamkeit der

Verkehrsteilnehmer*innen.

Unfallstatistik: 66 – siehe Anlage

Die Fahrradfahrer*innen müssen besser gesehen werden, so **Stadtrat Dr. Grube** und weist noch einmal auf die Möglichkeit den Fahrradweg zu verlagern hin.

Stadtrat Stage verweist auf den Unfallatlas Deutschland und zeigt anhand des Jahres 2021 die Unfälle in diesem Bereich auf.

Stadtrat Moll hinterfragt die Möglichkeit von Zebrastreifen.

Abstimmung zum Antrag A0066/23: 3-2-0

6.1.1. Verkehrssicherheit am Universitätsplatz

Vorlage: S0210/23

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Ertüchtigung des Informationsportals "Movi"

Vorlage: A0058/23

Herr Gebhardt bringt die Stellungnahme ein.

Stadtrat Stage geht kurz auf den "Baustellengipfel" ein. Die Darstellung im Informationsportal "Movi" richte sich derzeit nur an Auto- und LKW-Verkehre, bemängelt er. Von Baustellen und Umleitungen seien Fußgänger*innen und Radfahrer*innen ebenso betroffen.

Er verweist auf die Möglichkeit, Funktionen unter Google Maps über eine entsprechende Schnittstelle zu nutzen und für alle Verkehrsteilnehmer darzustellen.

Ein weiteres Problem sieht er im Domainnamen. Hier vermutet man eher ein Portal für Filmkritiken.

Stadtrat Wiebe sieht ebenfalls ein Problem bei der öffentlichen Darstellung und bittet um Nachbesserung. Die Integration aller Verkehrsteilnehmer*innen müsse dahingehend erfolgen.

Herr Gebhardt geht auf die vom ifak-Institut entwickelte Software ein. Anpassungen und Aufwertungen der Programminhalte können bei entsprechender Auftragsvergabe durch die Stadt erfolgen.

Stadtrat Stage hält den Namen nicht für geeignet und spricht sich für einen Bezug zu Magdeburg aus, z.B. "baustellen-magdeburg.de".

Abstimmung zum Antrag A0058/23: 2-2-1 nicht empfohlen

6.2.1. Ertüchtigung des Informationsportals "Movi" Vorlage: S0241/23

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

7. Informationen

7.1. Errichten Fußgängerüberweg/ Querungshilfe Vorlage: I0140/23

Herr Gebhardt informiert über die vorgenommenen Verkehrszählungen sowie die erfolgte Vorplanung.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Sachberichte der Geschäftsstraßen- und Stadtteilmanager/-

innen für das Jahr 2022

Vorlage: I0132/23

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Neu- und Ersatzpflanzung von Bäumen / Nahversorger Alt

Salbke

Vorlage: I0146/23

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

7.4. Verkehrssicherheit am Universitätsplatz

Vorlage: I0169/23

Herr Gebhardt bringt die Information ein.

Stadtrat Stern verweist auf die Staugefahren auf der B1. Zudem sei bei Stillstand mit einer zusätzlichen Umweltbelastung zu rechnen.

Stadtrat Stage findet die Lösung gelungen und verweist auf die Umsetzung des Stadtratsbeschluss sowie des VEP.

Abschließend weist **Herr Gebhardt** auf die beabsichtigte Fördermittelbeantragung hin, sowie das vorhandene Fördermittelprogramm vom Fördermittelgeber verlängert wurde.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

8. Sachstand Eisenbahnüberführung Ernst-Reuter-Allee

9. Verschiedenes

9.1. Sachstand zur DS0474/23 - Variantenentscheidung zur Umgestaltung Schönebecker Straße....

Frau Schäferhenrich geht auf die Stellungnahme der SWM ein.

Stadtrat Stern hinterfragt die Lage der Trinkwasserleitung.

Frau Schäferhenrich informiert über die geplante Auswechslung der Trinkwasserleitung im Zuge der Umgestaltung der Schönebecker Straße. Verlegt werde die neue Trinkwasserleitung dann voraussichtlich im Gehwegbereich.

Des Weiteren weist **Frau Schäferhenrich** auf die mehrheitlich von den Bürgern gewünschte Variante mit den Bäumen hin.

Stadtrat Stern erkundigt sich nach einem Protokoll/Teilnehmerliste der entsprechenden GWA-Veranstaltung.

Stadtrat Stage sieht eine Ausbremsung des ÖPNV durch die geplante Umgestaltung.

Frau Schäferhenrich geht auf den barrierefreien Haltstellenausbau ein. Eine Beeinträchtigung des ÖPNV werde mit der Umgestaltung aber nicht gesehen.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Mirko Stage Vorsitzender Corina Nürnberg Schriftführerin